



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die interaktiven Plattformen des Web 2.0 sind dabei das Internet von Grund auf zu verändern. Auch die mediale (politische) Kommunikation steht vor großen Herausforderungen. Sogenannte soziale Netzwerke, Weblogs, Microblogging Systeme, oder auch Plattformen für den Austausch von Fotos, Filmen oder Texten haben unser mediales Kommunikationsverhalten revolutioniert. Gemeinsam ist allen die aktive Beteiligung der Nutzer an der Erstellung und Verteilung von Inhalten sowie die weltweite Vernetzung und daraus folgende globale Verbreitung der Inhalte.

Die klassischen Institutionen in Politik und Gesellschaft versuchen sich an die Geschwindigkeit, Komplexität und die Konsequenzen dieser Veränderungen zu gewöhnen. Bereits jetzt ist das Internet Gegenstand und Medium der Politik geworden, ohne bereits bestehende Institutionen zwangsläufig einbeziehen zu müssen. Die neuen breiten Partizipationsmöglichkeiten, die tradierte politische Infrastrukturen übergehen können, haben bereits jetzt globalen Charakter bekommen. Nationale politische Regulierungen, Sinnbild des bisherigen Verhältnisses von Staat und Bürger, hinken hier noch hinterher.

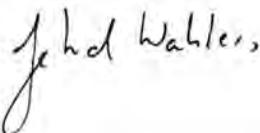
Da das Internet Teil der Wirklichkeit und kein paralleler virtueller Raum ist, hat es erheblichen Einfluss auf die verschiedenen politischen Systeme und die daraus entstehenden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Jegliche Euphorie über eine globale digitale Gemeinschaft ist da voreilig. Die Beiträge in diesem Heft zeigen die

Abhängigkeiten der Nutzer von diesen Gegebenheiten. Gleichwohl darf das kreative Potential der interaktiven digitalen Netzwerke für die politische Kommunikation, die Meinungs- und Willensbildung sowie Mobilisierung nicht unterschätzt werden. Besonders unter restriktiven politischen Bedingungen oder eingeschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten sind diese Beteiligungsmöglichkeiten im Web 2.0 eine wichtige Möglichkeit der freien politischen Meinungsäußerung. Die Zugangsschwelle ist hier sehr niedrig. Ein Computer mit Netzanbindung oder ein Mobiltelefon reichen hier aus.

Traditionelle Medien wie Zeitung, Radio oder Fernsehen setzen hier eine weitaus aufwendigere Infrastruktur voraus. Zudem sind sie oftmals durch redaktionelle Filter, betriebswirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen gebunden. Der Siegeszug des viel stärker partizipativ ausgerichteten Web 2.0 wird sich daher in Zukunft noch verstärken. Allein schon weil es – trotz Sperren, Zensur und anderen Restriktionen in vielen Ländern – viel schwerer zu kontrollieren, korrumpern oder zu erpressen ist. Zudem beruht die neue Qualität der Kommunikation dieser interaktiven digitalen Netzwerke in der Beteiligung von sowohl Empfänger auch als Sender. Radio, Zeitung und Fernsehen schaffen dies nur am Rande.

Die politische Kommunikation wird daher in Zukunft deutlich weniger über die bisherigen Akteure (Parteiorganisationen, Gewerkschaften oder Verbänden) gesteuert werden. Das Internet mit seinen Plattformen und Netzwerken agiert

selbst als Kanal politischer Kommunikation und Mobilisierung. Für die bisherigen Akteure erwächst hieraus die Herausforderung ihre Inhalte und Ziele noch viel stärker als bisher im Internet zu verbreiten und dort zur Diskussion zu stellen. Das Internet wird in absehbarer Zukunft der zentrale Kommunikationskanal zur Vermittlung parteipolitischer Inhalte werden. Gerade für Volksparteien, deren politische Programmatik sich nicht auf die Umsetzung von Einzel- oder Gruppeninteressen ausrichtet, sondern ein breites Spektrum politischer Interessen anspricht, ist dies von Bedeutung. So gewiss die interaktiven Netzwerke des World Wide Web die politische Kommunikation umwälzen, so ungewiss ist es, ob daraus auch wirkmächtige soziale Bewegungen hervorgehen, die mittel- und langfristig die politische Verantwortung übernehmen wollen und können. Dazu braucht es mehr als eine Breitbandverbindung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gerhard Wahlers".

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär